



JOHANN SCHNEIDER-AMMANN
Die Auftragslage für viele Mitglieder seines Verbands Swissmem bleibt düster. Seite 15

MARKT

NEUE LUZERNER ZEITUNG NEUE URNER ZEITUNG NEUE SCHWYZER ZEITUNG NEUE OBWALDNER ZEITUNG NEUE NIDWALDNER ZEITUNG NEUE ZUGER ZEITUNG

Bonusregeln

Die Finma krebst deutlich zurück

Nur für 12 Banken und Versicherer sind die neuen Richtlinien der Finanzmarktaufsicht verbindlich. Und auch ihnen lässt die Behörde eine Hintertür offen.

VON DANIEL IMWINKELRIED

Reiche Beute machten die drei UBS-Verwaltungsräte (darunter Marcel Ospel) und die Konzernleitung, als es der Bank noch gut ging: 247 Millionen Franken strichen die Manager im Erfolgsjahr 2006 ein. Der Erfolg der UBS war auf Sand gebaut. Die Banker hatten auf der Jagd nach Geld und Marktanteilen in unsinnige Geschäfte investiert.

Hohe Boni sind zwar nicht die Hauptursache für die Finanzkrise. Doch Banker gehen unter Umständen grosse Risiken ein, wenn man sie mit hohen Boni lockt. Zudem darf es nicht sein, dass sich Banker dank einer Börsenhausse Millionen zuschanzen können, während der Staat später für den Schaden aufkommen muss.

Gestern hat die Finanzmarktaufsicht (Finma) mit ihrem Rundschreiben «Mindeststandards für Vergütungssysteme bei Finanzinstituten» auf solche Probleme reagiert. Ab dem 1. Januar 2010 müssen sich die Banken an gewisse Prinzipien halten. Dabei dürfen finanziell solide Banken aber weiterhin so hohe Boni bezahlen, wie sie wollen.

Sperrkonti bei hohen Risiken

Ursprünglich wollte die Finma alle Banken in das neue Lohnschema zwingen. Doch diese Idee ist bei den Kantonalbanken schlecht angekommen. Sie würden kaum Banker beschäftigen, die mit ihren Geschäften das Finanzsystem bedrohen, protestierten ihre Vertreter.

Damit fanden sie bei der Finma Gehör. Zwingend gilt das neue Lohnregime für sieben Banken (UBS, CS, ZKB, Raiffeisen, EFG, HSBC, BNP Paribas) und fünf Versicherer (Swiss Re, Swiss Life, Zurich, Baloise, AXA). Ihnen lässt die Finma aber eine Hintertür offen: Falls die UBS beispielsweise in den USA, wo sie rund die Hälfte ihrer Angestellten beschäftigt, auf dem Arbeitsmarkt ins Hintertreffen geraten sollte, darf sie aus Bestimmungen ausschliessen.

Mittelgrosse und kleine Finanzfirmen müssen sich nur an die grundsätzliche



Jusos demonstrierten im Sommer in Zürich gegen überraschte Banker-Boni. Diese will die Finma künftig verhindern. EQ

Philosophie des Schreibens halten, die lautet: Kein Geld für kurzfristige Scheinerfolge. Verletzen kleine Institute diesen Grundsatz, bekommen sie es aber ebenfalls mit der Finma zu tun.

Gesperrte Boni: Die variablen Lohnanteile von Topmanagern und Arbeitskräften, die hohe Risiken eingehen, landen nun für mindestens 3 Jahre auf einem Sperrkonto. Das Geld wird portionenweise ausbezahlt – sofern die Bank weiter Erfolg hat.

Der kleine Angestellte: Der Portier der UBS oder der Schalterangestellte der CS unterliegen solchen Sperrn nicht. Die Bank darf ihnen wie bis anhin Ende Jahr einen Bonus in Bargeld auszahlen, sofern sie ihre Ziele erreicht haben und Geld im Bonitopf liegt.

Boni trotz Verlusten: Auch künftig können die sieben Banken und fünf Versicherer Boni zahlen, wenn sie Verluste machen. Die Finma appelliert lediglich an die Finanzunternehmen,

im Falle eines Verlustes die variablen Vergütungen, «die nicht aufgeschoben sind, auf ein Mindestmass zu reduzieren». Möglicherweise wird sich aber nicht jeder Banker die Reduktion des ursprünglich zugeteilten Bonus gefallen lassen. Rechtsstreit ist damit programmiert.

Willkommensgeschenke: Antritts- und Abgangsentschädigungen sind weiter erlaubt. Die Banken müssen sie aber aus dem Bonitopf bestreiten. Damit müssen sie sich entscheiden, ob sie einen teuren Manager anwerben und dafür die übrigen Angestellten erzürnen wollen.

Einblick in die Lohnpyramide: Anleger werden künftig wissen, wie viele Grossverdiener es bei den Banken gibt. Denn die Institute müssen offenlegen, wie viele Personen eine variable Vergütung erhalten. Auch die Abgangs- und Antrittschädigungen müssen ausgewiesen werden.

BANKENKRISE

Geiger soll Rolle der Finma prüfen

Der emeritierte Bankenprofessor Hans Geiger und David Green werden im Auftrag des Bundesrates die Rolle der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) während der Finanzkrise untersucht. Green, zurzeit Advisor on International Affairs to the Financial Reporting Council, war zuvor langjährig bei der Bank of England und der Financial Services Authority tätig. Sie sollen ihre Arbeiten im ersten Quartal 2010 abschliessen. Die Landesregierung war in parlamentarischen Vorstössen beauftragt worden, einen Bericht über die Mängel in der Finanzmarktaufsicht zu unterbreiten. **ap**

KOMMENTAR

Heisse Phase kommt erst

Als erste Behörde weltweit hat die Schweizer Finanzmarktaufsicht Finma den Banken Lohnregeln aufgezwungen. Herausgekommen ist ein Kompromiss. Zum einen hat sie die Boni-Höhe nicht begrenzt. Privatfirmen sollen selber über die Löhne ihrer Angestellten bestimmen können. Andererseits geht die Finma weiter als andere Aufsichtsbehörden.

Schlupflöcher im neuen Regelwerk gibt es trotzdem. So kann die Finma der UBS in den USA beispielsweise erlauben, die Standards zu verletzen, wenn sie dort ins Hintertreffen gerät. Die Gefahr besteht. Denn US-Präsident Barack Obama hat die Banken bis anhin nicht an die Kandare genommen.

Hoffentlich funktioniert die internationale Zusammenarbeit bei anderen Regulierungsvorhaben besser. Die Aufsichtsbehörden wollen auch, dass sich die Banken mit mehr Eigenkapital stärken. Diese Vorschrift funktioniert nur, wenn alle wichtigen Länder mitmachen.

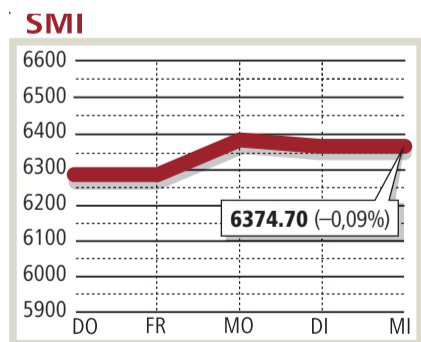
Falls die Schweizer Banken als einzige mehr Kapital halten müssen, werden sie eine niedrigere Rendite erzielen als ihre Konkurrenten. Die UBS und die CS könnten eines Tages in Versuchung geraten, riskante Geschäfte einzugehen, um den Renditeabstand aufzuholen. Die heisse Phase der Bankenregulierung steht uns erst noch bevor.

DANIEL IMWINKELRIED
wirtschaft@neue-lz.ch

HEUTE

Wirtschaft: Hochschule Luzern

Joschka Fischer fordert harte Regeln für Grossbanken. Seite 13



AKTIEN DES TAGES

Symbol	Kurs	Änderung
ZWAHLENGMAYR	350.00	+20.00%
DUFREY	69.00	+6.73%
SCHMOLZ +	31.30	+5.74%
DAY SOFTWARE	55.00	+4.27%
ACCU	107.90	+4.25%
ESCOR	23.20	-7.20%
MACH	2.65	-7.02%
PROGRESSNOW	9.00	-5.26%
EDISUN	88.70	-5.03%
SWISSMETAL	10.30	-4.63%
DOLLAR in Fr.	1.0091	0.13%
EURO in Fr.	1.5104	0.02%
GOLD Fr. pro kg	36'170	0.96%

«Finanzmarktaufsicht verzerrt den Markt»

Maurice Pedergnana*, das linke Lager forderte eine Lohnobergrenze in der Finanzbranche. Die bleibt nun aus. Wird die Finma zu Recht als zahlos tituliert?

Maurice Pedergnana: Die Finma ist eine Finanzmarktaufsichtsbehörde und nicht ein politisches Gremium. Dadurch ist sie mehr der Sache verpflichtet und nicht den Wählern wie ein politisches Gremium, das plakativ von einem Kostendach spricht. In den USA, England oder Frankreich, wo mit Staatsgeldern massive Boni ausbezahlt wurden, stellt sich diese Frage. Allerdings nicht in der Schweiz.

Die Finma geht mit diesen Regulierungen also weit genug?

Pedergnana: Die Finma zielt in die richtige Richtung. Grundsätzlich müsste aber das Geschäftsmodell der Privatbankiers gefördert werden, die mit ihrem persönlichen Vermögen haften. Alles andere ist eine weniger überzeugende Version.

Dann gibt es also noch Verbesserungspotenzial?

Pedergnana: Das gibt es ganz bestimmt – auch in Institutionen, die nun nicht unter diesen Geltungsbereich fallen. Ich plädiere deshalb da-

für, dass Mitarbeitende, die bei der Finma auf objektive Missstände bei den Vergütungssystemen innerhalb ihres Unternehmens aufmerksam machen, belohnt werden.

Inwiefern?

Pedergnana: Solche Mitarbeitenden



«Die Credit Suisse hat mit ihrem neuen Vergütungssystem wichtige Signale gesetzt.»

MAURICE PEDERGNANA

sollten mit bis zu drei Jahresgehältern entschädigt werden.

Die Boni werden langfristig ans Risiko gekoppelt. Ein Schritt in die richtige Richtung?

Pedergnana: Natürlich. Aber viel

wichtiger ist, dass sich die Banken überlegen müssen, ob der fixe Teil der Gesamtvergütung nicht deutlich erhöht werden soll. Und zwar zu Lasten der variablen Vergütung. Denn in den meisten Fällen sind diese Boni sachlich nicht gerechtfertigt. Mit der Mehrjährigkeit ist dieses Problem nicht gelöst. Hier hat die Credit Suisse mit ihrem neuen Vergütungssystem wichtige Signale gesetzt. Andere Banken dürften ähnliche Schritte vornehmen.

Die Auflagen der Finma gelten nur für die 7 grössten Banken und die 5 grössten Versicherungen. Das führt doch zu einer Wettbewerbsverzerrung?

Pedergnana: Das erstaunt mich auch. Da hat die Finma wohl vergessen, dass das «ma» für Marktaufsicht steht. Nun pickt sie wenige heraus, verzerrt den Markt und sendet falsche Signale. Nehmen Sie das Beispiel Valiant. Die Regionalbank fällt nicht unter die Vergütungsbestimmungen der Finma, gehört aber zu den grössten kotierten Banken in der Schweiz. Die haben sich im Topmanagement Optionenpakete in historisch noch nie gesehener Millio-nenhöhe relativ intransparent zugeteilt. Dass solche Banken nicht unter das Vergütungssystem fallen, ist nach den Auswüchsen nicht nachvollziehbar.

Banken, die über mehr als 2 Milliarden Franken an Eigenmitteln verfügen, müssen die Regeln anwenden, die anderen nicht. Eine falsche Abgrenzung?

Pedergnana: Valiant oder die Berner Kantonalbank sind grosse Publikumsgesellschaften, die über Tausende von Aktionären verfügen. Ich verstehe nicht, weshalb die Ansätze der Finma hier nicht auch gelten sollten. Der Rahmen von 2 Milliarden Franken an Eigenmitteln erscheint vollkommen willkürlich.

Weshalb?

Pedergnana: Die Finma wollte es zunächst anders, zeigte sich stark und hat nun dem Druck, dass möglichst wenige Institute unter ihr Vergütungsregime fallen, nachgegeben. Ich glaube dagegen, dass es inskünftig eine starke Finma braucht, um als wirksame Marktaufsicht einen entscheidenden Beitrag zu leisten, damit die richtigen Lehren aus der Krise gezogen werden.

INTERVIEW UELI KNEUBÜHLER

HINWEIS

* Maurice Pedergnana (44) ist Leiter Financial Services am Institut für Finanzdienstleistungen in Zug und Dozent an der Hochschule Luzern – Wirtschaft. ◀